

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

85 (10.4.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Ablagen abgeholt 18 M monatlich. — Einlegeempfehlung 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 240 M, auswärts 280 M. Die Reklamezeile 7.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Staatenkonferenz in Genua

Vorbereitungen

Genoa, 9. April. (Spezialbericht des Vertreters des VTB in Genua.) Gestern abend wurde eine Konferenz zwischen den italienischen Ministern Schanzer und de Facta und Lloyd George abgehalten, in der, wie man annimmt, der Verkauf der morgigen Eröffnungssitzung festgelegt worden ist. Wie bekannt, wird Ministerpräsident de Facta die Eröffnungsrede halten, worauf Lloyd George als Vater der Konferenz antwortet und den Antrag stellt, daß de Facta auch weiterhin die Leitung der Konferenz übernimmt. Die Verteilung der Sätze ist in der Weise geregelt, daß an einer Art Präsidialität die fünf einladenden Mächte, die an der Konferenz von Cannes teilgenommen haben, sitzen werden. Die übrigen Teilnehmer haben ihre Plätze an zwei langen Tischen und sind in alphabetischer Reihenfolge noch in zwei Gruppen geteilt. Die deutschen Delegierten sitzen am Ende des längsten Tisches zunächst dem Präsidialtisch. Mit den Vorläufern der deutschen Delegation ist gestern abend auch die holländische Delegation eingetroffen.

Die Vorkonferenzen der Neutralen in der Schweiz

Bern, 8. April. (Schweiz. Depeschen-Agentur.) Die Konferenz der Experten Dänemarks, der Niederlande, Schwedens, Norwegens, Spaniens und der Schweiz haben in mehreren Sitzungen die meisten Fragen behandelt, die Gegenstand der Beratungen auf der Konferenz von Genua bilden werden. Sie hat festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage Europas sehr ernst ist und daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, damit die Konferenz von Genua zu positiven Ergebnissen gelangt. Es ist zu bemerken, daß die Konferenz von Genua bestimmte Lösungen für die Probleme sucht, um bereitwillig sie zusammengegriffen worden ist. Die Konferenz der Experten hat auch die russischen Fragen besprochen und die große Bedeutung festgestellt, die ihr zukommt. Unter den finanziellen Problemen wurden der Währungs- und Kreditfrage besondere Beachtung entgegen gebracht. Dieser Expertenkonferenz, die den Charakter einer vorbereitenden Zusammenkunft besitzt, wird eine Konferenz der Delegierten folgen.

Bern, 8. April. (Schweiz. Depeschen-Agentur.) Am Samstag traten die von Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, Spanien und der Schweiz auf die Konferenz von Genua abgeordneten Delegierten und Sachverständigen zusammen. Der Bundespräsident entbot ihnen den Gruß und Willkommen des Bundesrates. Er erklärte, die Neutralen seien in Bern zu einem Meinungsaustausch zusammengetreten, nicht um Sonderbestrebungen zu verwirklichen, oder in der Absicht, sich gegen irgend jemand zusammenzusetzen, sondern um mitzuarbeiten mit denen, die guten Willens sind. Mögen unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt sein, wie sie es verdienen.

Die Haltung der Neutralen in Genua

Bern, 8. April. Der Vorsteher des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schulthess, einer der beiden Delegierten der Schweiz für die Genuaer Konferenz, äußerte sich heute über die in Bern stattfindende Konferenz der Neutralen u. a. wie folgt: Die Bedeutung der Zusammenkunft von Experten und Delegierten der nördlichen Länder, Holland und Spaniens darf nicht unterschätzt werden. Die Fühlungnahme ist höchlich geachtet, die moralische Stellung der am Kriege nicht beteiligten westlichen Länder zu klären, und sie hat überdies erwiesen, wieviel Berührungspunkte, ja sogar gemeinsame Interessen bestehen. Auf der Konferenz von Genua werden wir keinen geschlossenen Block bilden, sondern uns nur bestreben, mit allen übrigen Teilnehmern den Erfolg der Konferenz zu fördern. Wir Schweizer verfügen zur Stunde noch nicht über die wünschenswerten Aufklärungen über die Absichten der die Konferenz einladenden Mächte in Genua und erwarten zunächst ihre Anregungen. Wir werden uns nicht widersetzen, aber es kann auch eine Lage entstehen, in der die Auffassung der Schweizer klar und deutlich geäußert werden muß; denn es handelt sich nicht nur um das Schicksal der Großen, sondern aller, und deshalb haben auch die Kleinen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, sich vernünftig zu lassen. In der Konferenz selbst konnte eine erste praktische Einklimmung der Ansichten der Delegationen auf die großen Linien festgestellt werden.

Ist noch eine deutsch-französische Annäherung möglich?

(Zur Tagung in Genua)

Daß das in der Hauptmasse seiner Bevölkerung so arm gewordene Deutschland nicht einmal die Ausgleichung seiner inneren Finanzwirtschaft, geschweige denn die auswärtigen Kriegsschadenslasten aus seinem laufenden Einkommen bezahlen kann, darüber herrscht kein Streit mehr. Im Reichstag hat man bis jetzt geglaubt, die fehlenden Mittel durch eine Zwangsanleihe beschaffen zu können. Es ist aber vorzuziehen, daß auch dieser Weg nicht aus den Schwierigkeiten herausführt, weil er ja doch schließlich nur eine neue Belastung des deutschen Haushalts bedeuten muß, wenn auch mit noch so weit hinausgeschobenen Zinstermen. Der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat dann auch nach sorgfältiger Prüfung ihrer wahrscheinlichen Wirkung die Zwangsanleihe entschieden abgelehnt, weil sie weder das Gleichgewicht im Haushalt herstellen, noch die verhängnisvolle Notendrucker einschränken könne. Die deutsche Presse, soweit man auf ihr Finanzurteil etwas geben darf, hat sich diesem Urteil mehr oder weniger angeschlossen.

Da ist es sehr zu begrüßen, daß die im Januar dieses Jahres von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Fabund, sowie von der SPD. und USPD. eingesetzte Kommission zur besonderen Bearbeitung der Frage der Sachwerte ihre Beratungen wieder aufgenommen hat und in diesem neu geschaffenen Organ Arbeit zu schaffen sucht über die geldgeberischen Mittel, die aus der Mitte der beiden sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften mit dem ganzen Nachdruck der Millionen Arbeiter, die hinter ihnen stehen, in allerleichter Stunde und höchster Not, vorgeschlagen werden können, um statt des ungenügenden Volkseinkommens diejenigen deutschen Kapitalbestände zu erfassen, die als sogenannte Gold- und Sachwerte der allgemeinen Geldwertung entgangen sind und aus deren ungeheuren Wertsteigerung die Beträge, die wir brauchen, entnommen werden können. Man kann annehmen, daß die Kommission bestrebt sein wird, in aller nächster Zeit Vorschläge zu machen, die in unmittelbarer Praxis überlegt werden können, denn das hat bisher gefehlt.

Selbstverständlich wird die Kommission in erster Linie daran denken, zu erzielen, was durch das irrierte Mittel der Zwangsanleihe erzielt werden sollte: das Gleichgewicht im Reichshaushalt und den Abbau unserer Schuldenwirtschaft, wodurch allein unsere Kreditlosigkeit beseitigt, die Notenpresse stillgelegt, und das unaufhaltsame Sinken unserer Valuta, sowie die damit unmittelbar verbundene Preissteigerung und fortwährende Unruhe auf dem Geschäfts-, Lohn- und Gehaltsmarkt gestoppt und allmählich gehoben werden könnte. Von dieser inneren Solidifizierung aus würde dann gewissenhafterweise zur Lösung der Reparationsfragen fortgeschritten werden können. Nur wer sich bemüht, zuerst die innere deutsche Finanzlage zu sanieren, kann unseren Kriegsgläubigern eine solide und dauerhafte Grundlage für vernünftig bemessene Reparationszahlungen bieten. Umgekehrt wird die Entente desto lieber und rascher auf eine den Verhältnissen entsprechende Begrenzung unserer Entschädigungsleistungen einsehen, je deutlicher wir dokumentieren, daß wir die besten Vorbedingungen für Sicherheit, Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit solcher Leistungen in unserer eigenen Wirtschaft zu schaffen suchen.

Darf man es nun als eine wichtige Wendung zu einer solchen deutsch-französischen Annäherung in den Wirtschaftsfragen, die uns alle bedrücken, ansehen, wenn sich in dem französischen Parlament Kräfte regen, die, wenn auch noch nicht ganz, so doch großenteils in der gleichen Richtung streben? Der südfranzösische Abgeordnete Paul Renaud, Vertreter eines Wahlbezirks der unteren Abtergegend, veröffentlicht in der Pariser Presse Stellungnahmen und Gedankengänge, die er auf einer Informationsreise in Deutschland gewonnen hat. Der Pariser „Matin“ vom 14. v. Wts. bringt sie als leitenden Aufsatz. Niemand beginnt mit einer scharfen Kritik der falschen Methoden, die man bisher gegen Deutschland angewendet habe und über deren Dilettantismus er gar keinen Zweifel läßt. Ebenso will er nach seinen Schlussätzen einer ehrlichen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland aufstehen und dadurch die Atmosphäre der ganzen Welt reinigen, wie er sich ausdrückt. Er will, daß sich seine Landsleute nicht leidenschaftlich erregen, sondern die Lage Deutschlands verstehen und danach handeln lernen. Wenn man sich im Interesse einer praktischen Lösung gegenseitig annähern wollte, so müsse das französische Publikum vor allem den Irrtum aufgeben, daß Deutschland wirtschaftlich gedeihe und den Dank nur betrügerisch vorbügeln. In Wirklichkeit exportiere Deutschland weniger, als es einführe, und

Paris, 9. April. (Agence Havas.) Aus Genua wird berichtet: Bei der Vorbereitungsphase zwischen den Führern der britischen, italienischen, japanischen, belgischen und französischen Abordnung wurde keine der Hauptfragen angeschnitten. Die Frage der von den Sowjets zu fordernden Sicherheiten wird später erörtert werden. Die alliierten Abgeordneten haben die Orte der Zusammenkünfte, die den Abgeordneten zugewiesenen Plätze und die Ernennung der Ausschüsse geregelt. Anschließend herzt unter den Alliierten allgemein der Wunsch, nur wenig Verhandlungen abzuhalten, sondern sofort die Ausschüsse ihre Tätigkeit aufnehmen zu lassen. Hierbei erklärte Barthou, die französische Abordnung sei weit davon entfernt, eine Haltung einzunehmen, die alles in die Länge ziehe, sondern sie sei im Gegenteil von dem Wunsche befehle, an dem Werke der Konferenz aufrechtzuerhalten zu sein und in allen Einzelheiten mitzuarbeiten.

Von der deutschen Delegation

Genoa, 9. April. Die deutsche Delegation unter Führung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist heute abend hier eingetroffen. Unmittelbar nach ihrer Ankunft im Hotel ergründeten der Reichsminister und beim Außenminister Schanzer die Ministerpräsident de Facta und der Außenminister Schanzer zu einer längeren Besprechung über das Programm der Konferenz, über die Kommissionsbildung und die zu haltenden Reden. Voraussichtlich wird der Reichsminister Dr. Wirth in der Diskussionsmorgen das Wort ergreifen.

Berlin, 8. April. (Telegraphen-Telegramm.) Reichsminister des Innern, Dr. Rathenau, erklärte auf dem Bahnhof vor seiner Abreise nach Genua einem Mitarbeiter des „Tagewortes“: Wir gehen mit dem ersten Willen aus, fruchtbarsten Arbeit und mit neuen Hoffnungen nach Genua. Aber ich möchte nicht, daß die Hoffnung im Grunde zu weit geht, denn auf zu weit gehende Hoffnungen können leicht Rückschläge erfolgen. Genua kann der Anfang zu einer Reihe gleichartiger Konferenzen sein mit dem Ziel des Wiederaufbaues der Welt.

Die Waffenlager der deutschnationalistischen Reaktion

Schweres Explosionsunglück

Genoa, 9. April. Von authentischer Seite wird folgende Schilderung über ein Explosionsunglück in Genua gegeben: Als heute kurz nach 12 Uhr auf dem alten Kistenfriedhof französische Besatzungstruppen in einer alten Gruft unter der Kapelle nach Waffen suchten, die dort versteckt sein sollten, stießen sie auf Minen, die in die Luft flogen, wobei 15 Franzosen zu tot gekommen und 10 schwer verletzt worden sind. Die Kapelle ist vollständig vernichtet. Abordnungen sämtlicher alliierter Besatzungstruppen begaben sich an die Unfallstelle zur Untersuchung des Tatbestandes. Auf Anordnung der internationalen Kommission ist um 6 Uhr eine öffentliche Trauer in Genua bestimmt.

Eine weitere Meldung aus Schlessen lautet: Ein geheimes Munitionslager wurde in Niederböhmen durch einen heimlichen Brand entdeckt. Das Lager befindet sich auf dem in nächster Nähe des Dorfes gelegenen Pfaffen-Schützenverein. Das Lager wird auf mindestens 100 Zentner Granaten geschätzt und besteht in der Hauptsache aus Panzergrenaten. Das sofort benachrichtigte Oberpräsidium hat die Aushebung veranlaßt.

In beiden Fällen handelt es sich um geheime Waffenlager der deutschnationalistischen und hakenkreuzerischen Waffendörner. Dieses nationalistische Gesindel richtet uns Treiben der deutschnationalistischen Waffendörner stark fortgesetzt der französische Militarismus. Die Explosion in Genua wird auf die Konferenz in Genua sehr mißliche Gelegenheit zu neuen Repressalien gegen Deutschland geben. Frankreich wird ungeheure Summen als Entschädigung für die Opfer der Explosion fordern, die das nicht ein, wiewohl ein Unlück das deutschnationalistische Treiben für das Reich und das Volk war und täglich immer erneuert es noch ist.

Sozialdemokratischer Protest gegen die deutschnationalistischen Reichszerstörer in Bayern

München, 7. April. (Eigener Bericht.) Genosse Dill leitete in der Landtagsdebatte über den Etat des Ministeriums des Innern namens der Partei die Mittel für die bayerische Gewerkschaft beim päpstlichen Stuhl und das Gehalt des Ministerpräsidenten ab. Bayern dürfe keine selbständige Außenpolitik treiben. Das Ministerium des Innern sei völlig überflüssig. Er lege sich zu der Frage veranlaßt, welche Beziehungen heute noch beständen zwischen bayerischen Polizeibeamten, den Nationalsozialisten und gewissen Geheimorganisationsformen. Die Regierung des Ministerpräsidenten, die Spigel, bedienete sich der Antiparteien als Jutträger, müsse er für seine Partei entschieden zurückweisen.

Die Apatation der bayerischen Deutschnationalen sei geradezu unannehmlich. Hier habe das heimliche Vernehmen des Ministerpräsidenten für die Reichseinheit und die Tatfakte, daß endlich einmal wieder im bayerischen Landtag ein vernünftiger Staatsmann die Beziehungen gegen veramtliche Reichsminister zurückgewiesen habe, wühlend genickt.

Schärfster Protest müssen wir erheben gegen die Umtriebe des bayerischen Ordnungsblocks. Derselbe verlange in einem Auftrug, daß sich Bayern von Berlin unabhängig mache. Da aber der Wirtschaftsbedarf in Bayern nicht ausreiche, müsse es sich, so heißt es in dem Auftrug, an eine Großmacht anstellen, die die Lieferung der fehlenden Existenzmittel gewährleisten. Diese Großmacht könne nur Frankreich sein. Man entschuldige sich damit, daß die Rheinbundstaaten lecherzeit ebenso gehandelt hätten. Tatsächlich seien in diesem Sinne inoffizielle Verbindungen mit französischen Vertretern geführt worden. Die bayerische Arbeiterschaft werde alles daransetzen, diesen Verrat an der Reichseinheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Erhöhung der Kleinrentnerhilfe

Zu Hauptauschuss des Reichstages wurden bei Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums die mit 200 Millionen Mark eingelezten Bezüge der Kleinrentner auf 500 Millionen Mark erhöht.

Solange es diese positive Handelsbilanz bestimme, könne es Frankreich nicht aus seinem Einkommen entschädigen. Diese also nur der Ausweg, auf die deutsche Ver-
 oensitzung zurückzugreifen und daraus die Mittel für ein beide Teile befriedigendes Arrangement zu nehmen. Der französische Abgeordnete schreibt nun wörtlich weiter:

„Werden die Großindustriellen, die in Deutschland allmählich sind, Widerstand leisten? Dann sollte man ihnen klar die zwei Wege zeigen, die ihnen offen stehen. Der erste führt zur Aufhebung des Friedensvertrags; sie haben ihn schon verletzt. Aber er bedeutet das fortwährende Sinken der Mark, die Aussicht auf soziale Erschütterungen, die schreckliche Möglichkeit eines bevorstehenden Einbruchs... wenn gewisse englische Kreise in Berlin die Deutschen in dieser Hinsicht beruhigen zu können glauben, so werden diese gut daran tun, sich gewärtig zu halten, daß die Urheber solcher Trostes ihnen zwar Rat schläge, aber kein Geld geben werden. Der zweite Weg führt zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Aus dieser Verständigung heraus würde man logischerweise zu gegenseitigen Handelsvereinbarungen kommen, zu Entschädigungen für Kohlen und Erzabbau, zu Verträgen über die Kupferpreise und zu Verabredungen über die Bewirtschaftung Rußlands, deren erste Ergebnisse zur Amortisation der russischen Schulden an Frankreich verwendet würden, sowie endlich zu einem Staatsvertrag mit gegenseitigen Sicherheitsgarantien für den Schutz unserer Grenzen. Wären wir denn nicht, daß Deutschland Kohle, Eisen und Kali 30 Prozent billiger produziert, als wir, und sollten wir nicht endlich damit beginnen, ehe wir an den Wiederaufbau unserer Industrieanlagen gehen, lieber flüchtigerweise etwas dafür zu tun, daß unsere Erzeugnisse sichern Absatz haben werden? Dann könnten die Sanktionen aufgehoben und die Besatzungstruppen in den Rheinländern auf die Hälfte herabgesetzt werden. Deutschland würde dann seine Finanzen in Ordnung bringen, seine Mark stabilisieren und die begründete Aussicht haben, ihren Wert allmählich wieder nach dem alten Paritätsstand anzuführen... und wir könnten unsere Mittelstaaten beibringen, ehe uns der Stand unserer Finanzen dazu zwingt... wir könnten nach Genua gehen und dort Besseres tun, als eine laute und zweifelhafte Demonstration zu veranstalten. Der englische Handel würde wieder aufleben; Amerika würde bereiten, daß jetzt keine Stunde für die friedliche Entwicklung gekommen ist, wie sie einst kam für seine Beteiligung am Krieg! Die Welt blüht unruhig und vorwärts auf uns. Wir sind Sieger; aber das bedeutet auch für uns die Pflicht, zu überlegen, Vorschläge zu machen und diese Vorschläge durchzuführen.“

Es ist klar, daß es sich um einen bürgerlich radikalen Kladderadatsch handelt, der den Mut hat, in Frankreich so zu sprechen. Wir deutschen Sozialisten sollten ihn nicht abtun, wie die Stimmepresse, sondern wir sollten ihm antworten, daß wir vollen Respekt und freudiges Empfinden für die Art haben, mit der er wirtschaftlich klug und politisch warmherzig für die deutsch-französische Annäherung zu wirken versucht. Wir wollen ihn und die französische Öffentlichkeit ganz ausdrücklich auf die Tatsache hinweisen, daß die Steuerkommission unserer Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien jenseit in denselben Tagen und mit demselben heißen Bemühen, sowie aus ähnlichen Erkenntnissen heraus, einen Weg zur finanziellen Stärkung Deutschlands sucht, die es in den Stand setzt, sein Teil zum Aufbau und zur Befriedigung der Welt beizutragen. Nur geht allerdings für uns der Weg zur Reparation über die Wiederherstellung unserer eigenen wirtschaftlichen Kraft. Der französische Abgeordnete will die Sachwerte und Vermögenssubstanzen, durch deren Erfassung unser Staatschatz zu gemeinwirtschaftlichen Zwecken auszustatten wäre, nicht in diesen Staatschatz, sondern direkt in die Kasse der Reparationskommission überführen. Die Steuerkommission unserer Gewerkschaften berät darüber, wie man die Erfassung der Goldwerte organisieren könnte, um durch sie ein dauerndes und gemüßbringendes Guthaben des Reiches bei Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Handelsunternehmen herzustellen. Das Reich soll mit bestimmten Aktienanteilen bei der Industrie beteiligt sein und dadurch viel mehr im Sinne einer kräftigen Reparation leisten, als wenn die Sachwerte nach dem französischen Vorschlag in die internationale Reparationskasse verschwinden. Sollte man nicht so gutwilligen Franzosen, wie es anscheinend Paul Reynaud ist, sowie seinen Freunden klarmachen können, daß die Beteiligung des deutschen Reiches an Industrie und Landwirtschaft noch ganz andere Wirkungen für die deutsche

Zahlungsfähigkeit erzielen kann als ihr Vorschlag? Wenn die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten eingeschaltet wird, so erwächst eine Fülle von Möglichkeiten, die deutsche Wirtschaft zu beeinflussen, im Sinne der Produktion und des Handels für den notwendigen Bedarf und gegen den überflüssigen Luxusverbrauch, ferner im Sinne der besseren technischen Ausstattung unserer Industrien für Bedarfsnotwendigkeiten und zu Zwecken der Rationalisierung und Typisierung. Und wie denkt sich Reynaud die Stilllegung der deutschen Notendruckpresse, die Stabilisierung der Mark und die Verhütung weiterer wahnwitziger Preissteigerungen, wenn der deutsche Staatschatz die Erträge der Beteiligung an den Sachwerten nicht benutzen könnte zur Einrichtung eines geordneten deutschen Staatschatzdienstes? Hier müssen und können sich französische und deutsche Vorkarrieren für eine endliche Lösung der Reparationschwierigkeiten begehen und ergötzen.

Eine halbamtliche deutsche Mitteilung hat uns wissen lassen, daß die 80 Vertreter der deutschen Regierung nach Genua gehen sollen, ohne einen greifbaren Vorschlag zur Verständigung in der Hand, in der Hauptsache nur mit dem sachlichen Material beauftragt zur eingehenden Information der Entente. Darauf hat jetzt die französische Delegation die Reparationskommission bei ihren Verhandlungen in Paris mit einer neuen Denkschrift überzogen, in der eine wirksame Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten, die Bilanzierung seines Budgets, die Stilllegung der Notendruckpresse, neue Steuern und innere Anleihen verlangt werden. Der Augen hat, zu sehen und Ohren, zu hören, der entnimmt daraus, daß wir nicht vor dem allerletzten Augenblick stehen, in dem wir gerade noch selbständig über die Ordnung unserer Finanzen verfügen. Sollten wir deshalb in Genua nicht etwas mehr tun, als die deutsche Regierung plant? Es ist die allerletzte Gelegenheit!

Nach welcher Richtung Vorschläge möglich wären, das haben wir unter dem Zeichen der deutsch-französischen Annäherung darzulegen versucht, die sich ganz außerhalb der beiderseitigen Regierungen erst noch sehr leise und zaghaft auf gewisse Kreise in beiden Ländern beschränkt anzubahnen beginnt. Aber lassen sich solche Anfänge nicht klug benutzen, pflegen und ausbauen?

Badische Politik

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung
 hat am Donnerstag, 6. April, vor- und nachmittags eine Sitzung abgehalten. Behandelt wurde die Eingabe der vertragsmäßig angestellten Kommisare im Verordnungsamt Badens. Berichterstatter Abg. Müller führte aus, daß es sich bei den Geschichtlichen überwiegen um Kriegsbeschädigte, Seereschiffahrtswesen und insofern des Abbaues derselben in den Reichsdienst übergetreten sind. Da früher gegebene Zusagen noch nicht erfüllt worden seien, beantragte er empfindliche Heberweisung. Der Ausschuss stimmte demgemäß. Das Geschäftskammern des Reichsdienstes wurde nach § 19 der Geschäftsordnung als ungenügend zur Beratung bezeichnet. Ebenso ein Gesuch des Allhandelsdirektors. Ein weiteres Gesuch des Josef Altschuldher wegen Rechtspflege wurde durch Uebertrag zur Tagesordnung erledigt.

Eine mehrstündige Aussprache führte der Antrag Schmidt-Wretten, die Bildung von Schlichtungsausschüssen betr. herbei. Der Antrag will, daß in der auf Grund der Gemeindeordnung zu erlassenden Verordnung über die Bildung von Schlichtungsausschüssen bestimmt wird, daß die von den Gemeinden in die Schlichtungsausschüsse zu entsendenden Gemeindevorsteher nicht Gehaltsempfänger der Gemeinden sein dürfen, und die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse Staatsbeamte sein müssen. Berichterstatter hierzu war Abg. Schneider-Heidelberg. Er führte aus, daß die überwiegende Mehrheit der gemeindlichen Vorsteher in allen Schlichtungsausschüssen Bürgermeister sind. Der Regierungsvorsteher trat für den jetzigen Zustand ein. Der Vorsitzende des Landes-Schlichtungsausschusses, Abg. Schö, hielt eine Aenderung ebenfalls für unnötig, während von Zentrumseite eine Veränderung verlangt wurde. Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß man den Antrag nicht aufnehme. Bei der Abstimmung wurde ein Generalantrag des Zentrums in seinem ersten Teil angenommen, wonach die Mehrheit der von den Gemeinden in die Schlichtungsausschüsse zu entsendenden Gemeindevorsteher nicht Gehaltsempfänger sein dürfen. Der zweite Teil, der als Vorbehalt nur zum Richteramt befähigte Staatsbeamte zulassen wollte, wurde abgelehnt.

Die Anträge, welche beim Fürsorgegesetz für Gemeindevorsteher und Körperbeschäftigte anstelle des Prämienverfahrens des Umfrageverfahrens sehen und das Gesetz den veränderten Verhältnissen anpassen wollen, fanden von allen Parteien Unterstützung. Der Ausschuss nahm einstimmig hierzu den Antrag des Berichterstatters Abg. Kaufmann an: „Die Regierung zu ersuchen, nach Anhörung der Anstaltsgemeinden (§ 8 Abs. 1 Fürsorgegesetz) und der Verteilung der Verhältnisse dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher anstelle des in Abschnitt IV vorgesehene Verfahren des Umfrageverfahrens vorsieht. Der Inhalt der Gesetzesvorlage soll insbesondere auf die dringend nötige Erhöhung der Einkommenszuschüsse und der damit verbundenen Erhöhung der Leistungen Rücksicht nehmen.“

Nachmal's Papierholz

Man schreibt uns: Der Veröffentlichung des Vereins für westdeutsche Zeitungsverleger betr. Papierholzausfuhr hat das Ministerium des Innern die abschließende Bemerkung beifügen lassen, daß Herr Minister Nimmmele im Landtag von dem folgenden Ausfuhr des Papierholzes Mitteilung gemacht habe, ohne daß an dieser Maßnahme der Regierung von irgend einer Seite Kritik geübt worden wäre. Der Verein erhebt seinerseits erst Kenntnis von den in der 36. Sitzung des Landtags gemachten Ausführungen des Ministers. Es waren, das muß festgestellt werden, so gehalten, daß eine Kritik dieser Maßnahme, ohne über den Fall genau unterrichtet zu sein, kaum sofort erfolgen konnte. Wenn auch die Bemühungen des Staats, die Ausfuhr von Papierholz zu mildern, Anerkennung verdienen, so kann damit die Ausfuhr einer sehr erheblichen Menge Papierholz nicht ohne weiteres gutgeheißen werden. Es bleibt bestehen, daß durch die Papierholzausfuhr des badischen Ministeriums des Innern die Zellulose- und damit die Papierfabrikation Süddeutschlands schwer geschädigt werden ist und die Rückwirkung auf die Preise für Zeitungspapier nicht ausbleiben wird. Es muß daher alles geschehen, um die Ausfuhr der noch in Frage stehenden 15 000 Tm. unter allen Umständen zu verhindern. Auch der Landtag hat hier ein ernstes Wort nicht herunkommen, nachdem ihm inwiefern die nötige Aufklärung gütlich gemeldet ist, und noch weiter erfolgen wird.

Wäre die Zeitungsnote, wozu bekanntlich auch die Papiernot gehört, nicht eine so ungeheuerliche, mühte nicht die gesamte Reichsregierung einschließlich aller Landesregierungen von derartigen und von den unablässigen Bemühungen der Verlegerorganisationen, die Katastrophe mit Hilfe der Regierung abzuwenden, dann wäre in etwa die Ausfuhr zur Tilgung von Barlatafaktoren zu verstehen, angesichts der trostlosen Lage der Zeitungen ist und bleibt diese Maßnahme der Regierung einfach unverständlich und unerhörl! Daran ändern alle Mitteilungen von „zufälliger Seite“ nichts.

Die „Badische Landeszeitung“ im Lichte der öffentlichen Meinung

Gleich uns hat auch der „Badische Beobachter“ die merkwürdige Journalistik der „Badischen Landeszeitung“ in der Schranken gewiesen, indem er die Landtagsberichterstattung dieses Landtagsorgans als Karikatur einer objektiven Berichterstattung bezeichnet. Im Anschluß an unsere Charakterisierung der „Badischen Landeszeitung“ schreibt nun der „Badische Beobachter“:

„Vielleicht ist es auf die „Bad. Landeszeitung“ nicht ohne Grund, daß sie von der sieben Seiten des Blattes daselbst gesagt wird. Vielleicht ist man dort aber auch der Meinung, daß die Schuld nicht an ihr, sondern an den Kritikern liegt. In diesem Fall möchten wir sie nur fragen, wozu sie sich zur Zeit eigentlich politisch recknet. Das weiß nämlich niemand, nicht einmal die, deren Organ sie neuerdings gemeldet ist. Interessant wäre es, zu erfahren, ob sie selbst sich darüber klar ist. Bei voller Ehrlichkeit gegen sich selbst wird ihre Genesenerforschung unter diesem Gesichtspunkt zweifellos von Nutzen sein.“

Angesichts der starken täglichen Wankungen wird die wirtschaftlich orientierte „Badische Landeszeitung“ diese Frage wohl allzu indiskret finden, um sie eindeutig zu beantworten.

Abg. Dr. Schofer und „die große Koalition“

In einer Zentrumsversammlung in Vörrach befaßte sich der Führer des badischen Zentrums, Abg. Dr. Schofer, des längeren mit der auch von uns erörterten sehr merkwürdigen Vorbehalter Rede des Chefs der liberalen Volkspartei Baden, Abg. Dr. Weber, die er mit seiner Ironie unter Hinweis auf die nationalliberale Separatzeitung verpflichtete. Zum Schluß kam dann noch Herr Abg. Dr. Schofer auf die große Koalition zu sprechen, wobei er ausführte:

Das Winkelquartett

Eine komische Kleinadtgeschichte
 von Anna Croissant-Ruß
 (Fortsetzung)

Und in dem bewachten und empfänglichen Herzen ging der Enthusiasmus wieder auf. Da war jemand, der sie anerkannte, endlich wieder einmal!

Der Vater beachtete ihren geistigen Drang gar nicht mehr, ja belächelte sie zu Zeiten, die Tante hatte für ihre leiseren Qualitäten kein Verständnis und Lina, die sie so ausgiebig verehrt hatte, war seit längerer Zeit schon fort, in ihre Heimat zurückgekehrt. Die alte Hausdame, ihre zweite Mutter, war gestorben, allein brachte sich die Lina in der Stadt nicht fort, sie war zu langsam und zu träumerisch, was blieb ihr übrig, als auf das Land überzugehen und den Bauern eine Kenntnis im Kleidermachen nach neuester Methode und Façon vorzumachen, die sie nicht besaß?

Der Abschied von der guten alten Minofine hatte beim Rosinchen eine wunde Stelle zurückgelassen, und diese wunde Stelle — nein darüber gab sich die kleine Dame in dem grauen Wickel in Aaron Wagners Geschäft, die vor ein paar Stunden noch recht grämlich und bedrohlich ausgesehen und nun rote Wädelchen trug, keine Wachenhaft.

Sie schloß sich nur zum höchsten Erkennen der alten Tante plötzlich gedrängt, ein hüßchen in die schöne Frühlingsabendluft hinausgehen.

„Wißte Frank, mein Kind?“ — die Alte sagte jetzt nicht mehr Stimmendlichkeit, denn es würde doch selbst der alten Tante allzu hyperbolisch geklungen haben — „was brauchst du frische Luft?“

Das war doch im Hause Wahn nicht Sitte. Auch der Dale Aaron streckte den Kopf aus der Türe des Nebenzimmers, die Porenbrille auf den Nasenlöchern.

„Was hat je? Spazieren will sie heut noch gehn? Stuhl! Setzt sie nur noch, du willst keine a Bad! Solche Posen!“

Das war eine ganze Umwälzung im Programm des Rosinchen Danies. Ein Spaziergang am Freitag! Ein Spaziergang am Abend! Sollte man noch vor demselben essen oder danach? Es wurde immer schwieriger, mit dem Kind umzugehen.

Das Rosinchen hatte inzwischen Toilette gemacht, das graue Kleid ab- und ein grünes — es liebte noch immer Grün — angelegt, den großen Herrentwiler aufgesetzt — auch dies Façon bevorzugte es noch immer — und wandelte nun, ohne sich um die Rot der Tante zu kümmern, von der Frühlingsluft weicher getimmt, durch die Gassen.

Wie lange war es nicht mehr um diese Zeit außer dem Hause gewesen! Der Abend war mild, und vor den Türen saßen und standen Leute, die halbalt schwächten.

Gegen Westen hing noch ein Streifen hellen Tages, aber am Ende der Straße über dem Marktplatz gegen den Hügel zu, der die Wallfahrtskirche trug, war der Himmel schon nasslich. Ein mähiger Wind, der noch von sonnendurchwärmten Orten kam, brachte herbe Däfte wie von jungen Rappelfläthern, den ersten Kaffentriebeln, vermischt mit dem Geruch des Friedens, der an den Abhängen des Stadtbereichs verweilt, in Maß bläute. Der Marktplatz lag groß und still, mächtig saßen die Köpfe der St. Martinstraße auf. Nur einzelne Fenster der hohen Häuser, die enggedrängt den Platz umstanden, waren schon erleuchtet, an diesen sah man trotz des Dunkelns deutlich die ersten Vorhänge, die sich im Nachwind bewegten. Und als hinter den immer spärlicher werdenden Konturen des langgestreckten Berges ein heller Schein heller und heller wurde, als der Vollmond endlich wie ein riesiger silberner Ballon sich über die Silhouette der Tannen hob — schwebte — und es wie flüssiges Silber überall herunterrieselte, von Dach und Giebel, von Baum und Berg, als alles in ein zerkührendes, fast märchenhaftes Licht getaucht war, und der hintere Markt als hellere, freierender Wehner stumm am Rosinchen vorbeischiebte, der Pfarte von St. Martin zu, und bald darauf die ersten Töne des Gebellens von dem Turme kamen, während da und dort die andern Gloden einsfielen, da wollte es dem Rosinchen ganz schwärmerisch zu Mute werden. Es blieb sogar vor dem alten Rathaus mit seinem gotischen Zadenriegel stehen, es sah zu schön aus, wie das weiße Mondlicht förmlich aus den Lindenbäumen troff, — wie a Theaterdekolation, — dachte das Rosinchen, aber es verlor seinen Blick deshalb nicht aus dem Auge. Schon stand es der Breitseite des Rathauses gegenüber.

Zuerst kam ein großes Tor, dann ein schmales Fenster, in dem noch Licht war, daneben eine finstere Wölbung, das Ge- rippe eines primitiven Stabes, und darüber eine hinaufgezogene Markise, Schauplatz des Großhandels von Mama Bedi-

Glocke. Daneben, etwas erhöht, ein Gemälde mit einem spitzbogenigen Schaufenster, dann, abermals ansteigend eine Wölbung, und, spitzbogenig, ein Schaufenster wie das vorige, aber Fenster und Türe ein großes rotes Zinnenstück (das erste rote im Stadtbereich) mit weißen, nach rückwärts geneigten Buchstaben: Jean Nefferts Hofpöler.

„Hein!“ sagte das Rosinchen unwillkürlich.

Am Ende des Rathauses kam dann die Wohnung, ein schmales Portier, weil die Eingangstüre — Türe zum Paradies der sieben Auni — unüberhältnismäßig breit war, kam ein erster Stock mit vier Fenstern, alles in gutem Stand, fast größer als ihr Wohnhaus.

Dier lehrte das Rosinchen straks und hochbefreiligt um nur eine Frage qualte ihr Herz: „Wieviel Hypothekens wird er darauf haben?“

Unter den letzten ausbimmelnden Klängen des Gebellens lehrte es durch die stiller gewordenen Gassen helm, hinter ihm der hintere Markt, der das Rosinchen wohl erkannte, der sich aber nicht zeigen wollte.

Neht lange Zeit sah Paula Rosine Wahn den Herrn Kammermeister Fritz Glocke nicht mehr. Das Geschäft ging streng, wie immer im Lenz, wo den Leuten bei hellem Sonnenschein, und wenn andere gepußt durch die Straßen gingen, der vorjährige Staat recht schön vorkommen wollte, und jeder gern einen neuen Rock, auf dem Leib oder ein paar glänzende Stiefel, an den Hüften hatte.

Zudem war ihr der Dale Aaron gar keine Gist mehr, und sie mußte den ganzen Tag springen und sich sammeln, und trotzdem war der Alte noch einmal aufleben, wenn am Abend noch Badenischluß nicht auch noch die Wädel in Ordnung waren.

Er ließ jetzt alles im Geschäft hängen, ersehen nur immer auf Augenblicke, zeigte sich den Stunden und verließ dann hinter der Türe mit dem gelbten Vorhang, wo noch immer das hohe Bult stand mit dem Drehsessel davor, den das Chlönnerndes die nächste noch immer erlittenen mußte.

Das schmale Winterzimmer, in dem das Rosinchen den Drehsessel mit solcher Virtuosität hatte drehen lernen, übte nun eine Art magischer Anziehungskraft auf den alten Aaron aus.

„Was soll ich heute im Geschäft? Du machst's besser wie ich,“ sagte er dem Rosinchen.

(Fortsetzung folgt.)

... Messerheld. Durch einen Messerstich in die linke Brustseite wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag früh gegen 2 Uhr ein Elektrikmonteur aus Majstat in der Göttingerstraße hier durch einen unbekanntem Täter lebensgefährlich verletzt.

Großfeuer
Gestern abend gegen 7 Uhr entstand in der Revisionswerkstätte des Postbahnhofs in der Stapellenstraße hier vermutlich durch Kurzschluss ein Brand. Die Werkstätte, die aus Holz hergestellt, etwa 25 Meter lang und 8 Meter breit, ist zum größten Teil abgebrannt. Außerdem wurden zwei Motorwagen, die unmittelbar neben der Werkstätte standen, vom Brand befallen. Der Ausbruch des Feuers erfolgte im sogenannten Sandlagerraum, in welchem Öl, Petroleum, Benzin, Pulver, Schießpulver usw. aufbewahrt war. Die Feuerwache erschien zuerst am Platze und da angenommen war, daß auch die nebenstehenden Schuppen vom Feuer erfaßt werden könnten, wurde außerdem die 1. Kompanie der freiwilligen Feuerwehr alarmiert. Der Schaden, dessen Höhe noch nicht genau festgestellt werden konnte, ist bedeutend. Beim Herausfahren von Motorwagen, die in der Werkstätte standen, ist der verheiratete Arbeiter Lud. W. in Höhe von hier dadurch verunglückt, daß er in einen der Werkstätte befindlichen Bagenerreignungsapparat fiel und sich dadurch einen Rippenbruch zuzog. Der Verunglückte wurde mittels Krankenautos nach dem hiesigen Krankenhaus gebracht.

Valuta-Bericht vom 8. April
Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 170 Gfr. Auszahlung Holland notierte circa 116.40 Gfr. per holl. Gulden. Schwiz notierte circa 59.75 Gfr. per schw. Fr. England notierte circa 135.6 Gfr. per Pf. Sterl. Frankreich notierte circa 28.05 Gfr. per frz. Fr. Newyork notierte circa 307.25 Gfr. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 10. April
Voranschauliche Witterung: Vorübergehend heiter, trocken, unter Tag wärmer, dann wieder Trübung, erneut Regen und sehr mild.

Wasserstand des Rheins
Schäferinsel 800, geht 33; Reß 890, geht 58; Maxau 557, geht 47; Mannheim 502, geht 25 Zentimeter.

Kleine Nachrichten
Magdeburg. Auf den Abendzug der Kleinbahn Halle-Magdeburg wurde ein Überfall verübt. In einem Abteil der 2. Klasse sitzenden Reisenden Frau Dr. Netze, Frau Schulz und ein junger Mann namens Köpfer wurden von Mörnern erschossen. Der Mörder des Köpfer konnte flüchten. Über die Täter ist nichts bekannt.
Widertreue. Hier hat ein 20jähriger junger Mann namens Müller seine Mutter und seine Schwester durch Verhinderung der Verheiratung, weil sie seine Forderungen nach Geld, die seit längerer Zeit immer größer wurden, nicht mehr erfüllen konnten. Der Täter war, als die Polizei erschien, mit dem Weib verschwand. Mutter und Tochter mußten nach einem Krankenbesuch überführt werden.
Oma. Wie berichtet wird, hat die ehemalige Kaiserin Sina von Österreich beim Bundesrat Schritte eingeleitet, damit ihr einestweil mit ihren Kindern auf Schloss Wartegg bei Rapperswil Wohnung zu nehmen.

Letzte Nachrichten
Gegen den Lebensmittelwucher
Die Sozialdemokraten haben im preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:
Die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung von Vieh, Fleisch, Milch und Kartoffeln sowie der Abbau der Getreideerzeugung zum Umkreisverkehr bei Brotgetreide haben eine wesentliche Wirkung ausgeübt.
Wiederum wurde das Wasser- und Schieberwesen in Preußen, das es dem größten Teil der Bevölkerung kaum möglich war, ihren Lebensmittelpflicht zu decken. Alle Versuche gegen den Wucher und Kettenhandel haben keinen Erfolg gehabt.
Trotz einer im allgemeinen zufriedenstellenden Ernte an Brotgetreide genügend vorhandener Mengen an Kartoffeln und Milch ist eine geradezu bedrückende Knappheit und Preissteigerung eingetreten. Gleichfalls steht fest, daß die für die Lebensmittelversorgung eingesetzten amtlichen Organe nicht die notwendige Sorgfalt an den Tag gelegt haben.
Um dieser zur Bereinigung des Volkes führenden Erscheinung entgegenzuwirken, wird die Frage gestellt:
Was gebietet das Staatsministerium zu tun,
1. um das derzeitige wucherische Treiben auf dem Lebensmittelmarkt zu beseitigen und

2. was für Vorkehrungen sind getroffen, um die nächste Ernte in gerechter Weise der Bevölkerung zuzuführen.

Freigabe der Mehleinfuhr
Berlin, 8. April. Es wird folgendes bekanntgegeben: Nachdem sich in letzter Zeit ergeben hat, daß der Preis für ausländisches Mehl zum Teil billiger als der für einheimisches ist, ist die Einfuhr von Weizen- und Roggenmehl aus dem Auslande bis auf weiteres zugelassen worden. Für diese Einfuhr bedarf es einer besonderen Einfuhrbewilligung nicht mehr. Die Zollbehörden werden entsprechend angewiesen werden, das Mehl hereinzulassen.

Deutscher Beamtenbund
Der dritte Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes beendete am Samstag nachmittag seine Tagung. Die vom Sitzungsausfluß vorgelegten neuen Satzungen fanden Annahme. In § 1 wird erneut betont, daß der Deutsche Beamtenbund die Aufgabe habe, unter Wahrung parteipolitischer und konfessioneller Neutralität die rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Interessen seiner Mitglieder zu schützen und zu fördern. Auf Antrag des Reichsverbandes der Polizeibeamten ist in den Satzungen ausdrücklich festgelegt worden, daß für die Beamten der Polizei der Streik in seiner Form möglich sein könne. Einmütig wurde eine Entschließung folgenden Wortlauts angenommen:

„Der dritte Bundesstag des Deutschen Beamtenbundes erhebt entschiedenen Einspruch gegen die in den letzten Wochen zu Tage getretenen wucherischen Preissteigerungen auf allen Gebieten. Angesichts der neuerlich unerfüllbaren Reparationsforderungen muß diese geradezu wucherische Ausnutzung der Notlage der wirtschaftlich schwachen Arbeiter- und Verbraucherschichten durch die eigenen Volksgenossen als ganz besonders verwerflich bezeichnet werden. Die vom Deutschen Beamtenbund vertretenen deutsche Beamten, die nach wie vor bereit sind, Regierung und Volk bei den aus der verheerenden Lage Deutschlands entstehenden Aufgaben durch Erfüllung ihrer dienstlichen und staatsbürgerlichen Pflichten zu unterstützen, verlangen auf der anderen Seite, daß die wirtschaftlichen und steuerlichen Lasten in gerechter Weise auch auf die Schultern der bestehenden Schichten gelegt werden, und daß Regierung und Parlament sowie alle Verwaltungs- und Vollzugsorgane mit äußerster Entschiedenheit gegen Wucher und Schiebertum, Kapital- und Steuerflucht vorgehen. Insbesondere fordert der Bundesstag im Sinne der vom Bundesvorstand der Reichsregierung vorgelegten Anträge: Abschaffung und Ausbau des Umkreisverkehrs für Getreide, Einführung des Umkreisverkehrs für Kartoffeln des Erntejahres 1922 sowie härtere Heranziehung der organisierten Beamtenchaft zu der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftspolitischer Maßnahmen neben den übrigen Arbeitnehmer- und Verbraucherorganisationen.“

Zu der Haftentlassung des Münchener Rechtsanwalts Dr. Müller
erklärte nach einer Meldung des „Tageblattes“ die Staatsanwaltschaft in Offenburg, daß Müller nach wie vor verdächtig sei, in strafbarer Absichtung zu dem Erzbergwerksdirektor Tillesen gestanden zu haben und daß seine Haftentlassung lediglich wegen eines lebensgefährlichen Unfalls seines Vaters erfolgte.

Internationale Studentenkonferenz
In Leipzig wurde am Samstag vormittag die internationale Studentenkonferenz, zu der Vertreter aus etwa 15 Ländern erschienen waren, im Senatsaal der Universität feierlich eröffnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Reichsminister des Innern Dr. Köpfer und Staatssekretär Schulz erschienen. Der Vorsitzende des Auslandsamtes der Deutschen Studentenschaft, Zimmermann, betonte in seiner Begrüßungsansprache, die Organisation halte sich fern von Politik und wolle sich nur der Arbeit widmen. Er erklärte, er führe diesen Auftrag gern aus, weil er der Überzeugung sei, daß aus den Menschen und Geisteskräften, die in diesem Saale versammelt sind, viel mehr zu erwarten sei, als aus den Konferenzen von hohen Herren. Er hoffte, daß die zukünftige Zusammenarbeit Europas herauskommen könne, als aus den Konferenzen von hohen Herren. Nichts sei wichtiger für die Zukunft Europas, als wenn die zukünftigen geistigen Führer der Länder sich schon in jungen Jahren zusammenfinden. Wenn auch in jedem Lande die Studentenschaft der erste Träger des nationalen Gedankens sei, so müsse ohne anwendungslose und ohne überflüssige Zusammenarbeit die wirtschaftliche ebenso wie die geistige Zukunft aufkommen können.
Die Konferenz nahm gestern folgende Entschließung an: Die Teilnehmer an der Leipziger internationalen Studentenkonferenz halten es für ihre Pflicht, den in schwerer Not befindlichen russischen Studenten mit allen Kräften zu helfen. Sie sind bereit, Hand in Hand zu arbeiten. Neben dem Weg der Zusammenarbeit werden die Organisationen unmittelbar miteinander verhandeln.

80. Geburtstag Greulichs
Die Schweizerische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften feierten am gestrigen Sonntag den 80. Geburtstag von Arbeiterssekretär Greulich, der am 9. April 1842 in Breslau als Sohn armer Weberleute geboren wurde. Nach Vollendung seiner Berufslehre als Buchbinder und nach längerer Wanderung durch Deutschland und Oesterreich kam Greulich 1867 nach Zürich, wo er bald mit den hervorragendsten Führern der sozialdemokratischen Internationale in Fühlung trat und zuerst erster Redakteur des neugegründeten sozialistischen Blattes „Tagewacht“ war; 1887 wurde Greulich zum Schweizerischen Arbeiterssekretär ernannt, welches Amt er heute noch inne hat. 1902 trat er in den Nationalrat ein.

Sozialdemokratie und technische Nothilfe
Im Reichsbetät sind Mittel für die Unterhaltung und Ausrüstung der Technischen Nothilfe angefordert worden. In der Sitzung des Reichstags vom vergangenen Freitag gab die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Genossen Wolfenbühler folgende Erklärung ab:
Die sozialdemokratische Fraktion hat im vorigen Jahre gegen die für die Technische Nothilfe angeforderten Mittel gestimmt, weil sie der Auffassung war, daß die T. N. durch Maßnahmen überflüssig gemacht werden muß, die die Gewerkschaften zur Verrichtung der Nothstandsarbeiten in lebenswichtigen Betrieben sachungsgemäß zu treffen haben. Sie glaubte damals ermarken zu dürfen, daß bis zur Vorlegung des neuen Etats ein Einverständnis zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung darüber erzielt werden würde, wie bei Konflikten in lebenswichtigen Betrieben zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen der ihr Streikrecht gebrauchenden Arbeiter ein beider Teilen gerecht werdender Ausgleich zu finden ist.

Bereinigungen dieser Art sind bisher nicht zustande gekommen. Das hatte zur Folge, daß die Regierung auch im vergangenen Jahre den Einsatz der T. N. im Interesse der Allgemeinheit wehrhaft für unerlässlich hielt, weil noch keine Aufstellung nur so großer Schäden abgewendet werden konnte. Die sozialdemokratische Fraktion verkennt nicht, daß sich die Regierung gewissermaßen in einer Zwangslage befand, wenn sie die T. N. einsetzen zu müssen glaubte.
Die sozialdemokratische Fraktion hofft aber, daß die Verhandlungen, die zurzeit in den Gewerkschaften über die bei Arbeitskonflikten in lebenswichtigen Betrieben zu treffenden Maßnahmen geführt werden, bald ein Ergebnis zeitigen, das auf der einen Seite die Interessen der Allgemeinheit wahrt und auf der anderen Seite verhindert, daß unter dem Decknamen „Nothstandsarbeiten“ Anordnungen getroffen werden könnten, die die Interessen der Streitenden schädigen, ohne der Allgemeinheit zu nützen. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Überzeugung, daß die Gewerkschaften ebenso sehr den guten Willen haben, wirkliche Nothstände zu beheben, wie sie das Recht haben, sich gegen die T. N. zu wehren, die ihrer ganzen Gestaltung nach in sich die Tendenz trägt, den Streikbruch zu schüren. Die sozialdemokratische Fraktion hält daran fest, daß die mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zu treffenden Vereinbarungen über den Begriff der Nothstandsarbeiten in unzweifelhaft lebenswichtigen Betrieben und über die Leistung der Nothstandsarbeiten in solchen Betrieben, die die T. N. überflüssig machen müssen. Sie stimmt für die in den diesjährigen Etat in Kapitel 12 angeforderte Summe, lehnt aber die unter „technischen Ausgaben“ angeforderten Mittel ab. Sie will mit dieser Ablehnung vor allem zum Ausdruck bringen, daß sie gegen jede weitere Ausdehnung der T. N. ist, die ihrer Aufstellung nach im Interesse der Arbeiter zu einer dauernden Einrichtung niemals werden darf.

Abtransport der Amerikaner
Die „Abhe. Ausb. Anst.“ wurde auf Befehl des amerikanischen Hauptkonsuls in der Aufhebung des amerikanischen Militärgesängnisses angeordnet. Die deutschen Häftlinge werden den deutschen Behörden überlassen. Ebenso gehen die Bauleistungen wieder in deutsche Verwaltung zurück. In Zukunft werden neu verhaftete Zivilpersonen ebenfalls den deutschen Behörden ausgeliefert. Am Samstag nachmittag haben, wie bereits angeführt, zwei Transportschiffe mit amerikanischen Soldaten den Rhein verlassen.

Abrüstung zur See
Washington, 9. April. Die Marinevorlage, die die Bestimmungen des Washingtoner Vertrages über die Abrüstung zur See ausführt, schlägt eine Gesamtausgabe von 233 Millionen Dollar vor, das sind 181 Millionen Dollar weniger als im Jahre 1921, angefordert wurden. Die Zahl der Rekruten soll von 278 auf 103 und die Zahl der Mannschaften von 85 000 auf 65 000 verringert werden.

Plannkuch
Zum **Ostern**
Schneebürsten
Schrubber
Fingerringe
Stahlspäne
Bodenwachs
Bodenlack
Schneefand
Geolin
Bajolin
Bim
Plannkuch

Volks-Chor Karlsruhe-West.
Wir machen unseren Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied
Stefan Kästel
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute **Montag** nachmittag auf dem Mählburger Friedhof statt. Treffpunkt für unsere Mitglieder 7 1/2 Uhr im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig.
S. Rosenbusch, Kalsorstr. 137.

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden.
Wieder-Eröffnung für Frauen und Mädchen am **Montag, den 1. Mai 1922.** Verpflegungsgeld täglich 30 Mk. für minderbemittelte Selbstzahler, 50 Mk. für sonstige Selbstzahler und 70 Mk. für öffentliche Kassen und Auswärtige. Auswärtige Frauen und Mädchen können nur soweit der Platz reicht, aufgenommen werden.
Die Anmeldungen haben persönlich zu geschehen. Sie können von **Montag, den 10. April ds. J.** an werktäglich zwischen **10 und 12 Uhr** bei uns - Verwaltungsgedäude Nr. 15 - gemacht werden, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.
Städtisches Krankenzentrum. 605

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.
Die Auszahlung der Dividende erfolgt am **Dienstag, den 11. April**, vormittags von 7-12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2 bis 4 Uhr, für die Nummern der neuen Kartenbücher von 20301-21000 an unserer Kasse, Moorstraße 23, gegen Vorlegung des neuen Kartenbuchs. - Es wird dringend gebeten, Wechselgeld mitzubringen.
3205 Der Vorstand.

Volks-Buchhandlung
der Sozialdem. Partei befindet sich
Karlsruhe, Adlerstrasse 16.
Telephon 3701.

Die Auszahlung der **Dividende für 1921** findet in **Ettlingen** **Dienstag, den 11. ds. Mts.,** von **abends 5 bis 9 Uhr** im **Gasthaus zur „Krone“** statt. - Das neue **Kartenbuch 1922** ist als **Nachweis** vorzulegen.
Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe E. G. m. b. H.
Der Vorstand. 3285

Partie-Haus
Eleg. Damen-Stiefel . . . Mk. 140 b. 275
Eleg. Halb- u. Spangenschuhe 148 b. 220
Herrn-Stiefel Mk. 220 b. 350
Kinderstiefel von Mk. 20 an
Anzüge, Hosen, Joppen
zu sehr billigen Preisen
L. Brand.
Fahrttaghalter nicht mein Geschäft von Donnerstag, den 12. bis 16. April geschlossen.

Durmersheim.
Zum 1. Mai d. J. ist die Stelle des **Filialleiters** des „Volkstreuend“ für Durmersheim neu zu besetzen. Geeignete Bewerber(innen) wollen sich alsbald bei Witz, Wenzelstraße 67 in Durmersheim melden.
Bruchsaler Anzeigen.
Mieterverein Bruchsal
Beratungsfunde **Dienstag abends 6-8 Uhr** im „Kroftobit“.

Flechten
Schmer am ganzen Leib
heller, weißer
Misch durch das weiße
Anderen Tag u. Nacht beinlegen
in 14 Tagen bei Zucker's
Patent-Medizin-Salbe das
Obel beseitigt. Diese Salbe
ist Hunderte meist. Serp. P.
Tage Zucker-Graue (nicht
falsch) (sehr billig) in allen
Apotheken, Drogerien und
Parfümerien erhältlich.

Frische Eier
la. Molke-Butter
Räse (verschied.)
sind zu haben bei
Had. landw. Hauptgenossenschaft
Hdt. Molkeprodukte,
Lauterbergstraße 3.

